



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Angelika Paa

Wiesbaden, 30.10.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 05. November 2013, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 24.09.2013
2. **13-A-51-0004**

Mono-Klärschlammverbrennungsanlage in Mainz
Planungsstand und Auswirkungen
Bericht des Magistrats

3. 13-F-03-0120

Grünordnungspläne veröffentlichen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.10.2013

Grünordnungspläne (GOP) sind umweltfachliche Planungsbeiträge zu Bebauungsplänen, mit denen die Vorgaben aus dem Landschaftsplan konkretisiert werden. Im Rahmen des GOP werden i.d.R. auch die Eingriffs-Ausgleichs-Bewertungen durchgeführt. Sie enthalten damit wesentliche Informationen zu den Umweltauswirkungen von B-Plänen und sollten daher grundsätzlich bei allen Beteiligungsverfahren mit veröffentlicht werden. Insbesondere sollten sie auch den Stadtverordneten als fachliche Grundlage zur Beschlussfassung über Bebauungspläne zur Verfügung gestellt werden.

Die Veröffentlichung der Grünordnungspläne, die im Rahmen der Erarbeitung von B-Plänen ohnehin erstellt werden, dient der besseren fachlichen Bewertung von Bebauungsplänen und der Transparenz kommunalen Handelns.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

Grünordnungspläne zu Bebauungsplänen

1. grundsätzlich bei allen Beteiligungsverfahren mit zu veröffentlichen.

2. grundsätzlich als Anlage den entsprechenden Beschlussvorlagen für die städtischen Gremien beizufügen.

4. 13-F-03-0121

Energieeinsparung in städtischen Liegenschaften
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.10.2013

Mit Beschluss Nr. 0042 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 6. März 2012 wurde der Magistrat gebeten zu prüfen, welche geplanten/angelaufenen Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien und/oder innovativer Energieeffizienztechnologien förderungsfähig sind. Bei positivem Ergebnis sollte für das jeweilige Projekt/Vorhaben ein Förderantrag gestellt werden. In dem Antrag wurde explizit auf die vom Land Hessen im Jahr 2012 bereitgestellten Mittel verwiesen.

Am 26. August 2013 wurde von Bürgermeister Arno Goßmann ein Bericht zu diesem Antrag vorgelegt. Laut diesem wurden die zuständigen Dezernate erst am 5. Juli 2013 vom Umweltamt angeschrieben und um Prüfung gebeten, ob ihre angelaufenen bzw. geplanten Projekte nach den oben genannten Richtlinien förderungsfähig seien. Als einziges Ergebnis dieser Prüfungen in Bezug auf das Thema Energieeffizienz wird in dem Bericht mitgeteilt, dass die Erneuerung der Dacheindeckung der Feuerwache 1 möglicherweise förderfähig sei.

In einem Zeitraum von immerhin mehr als 17 Monaten zwischen Beschluss und Bericht ist kaum etwas geschehen. Stattdessen wurde ein Bericht vorgelegt, der vermuten lässt, dass es innerhalb der Stadtverwaltung keine systematische und koordinierte Erfassung und Bearbeitung von energierelevanten Fragestellungen gibt. Aus diesem Grund wird angeregt, innerhalb der Verwaltung eine zentrale Stelle für die Koordination und Bearbeitung aller energie- und klimarelevanten Maßnahmen zu schaffen. Sofern diese umfangreiche Aufgabe nicht in einem Schritt durchgeführt werden kann, wird zunächst die Einrichtung einer Fachgruppe (Task Force) zur Vorbereitung der dafür notwendigen Entscheidungen beantragt.

Der Ausschuss möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten,

- 1.) für alle Liegenschaften der Stadt Wiesbaden, für die eine Sanierung geplant oder in absehbarer Zeit vorgesehen ist, grundsätzlich auch die möglichen Maßnahmen zur Energieeinsparung zu prüfen und diese Maßnahmen in einer zentralen Datei zu erfassen.
- 2.) zur Stärkung der administrativen Kapazitäten beim Energie- und Klimaschutz zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, um eine Fachgruppe (Task Force) einzurichten mit der speziellen Aufgabe, Vorschläge für eine Änderung der Verwaltungsorganisation vorzulegen, in der alle Fragen des Energie- und Klimaschutzes in einer zentralen Verwaltungseinheit konzentriert werden können. Diese Task Force soll überdies Vorschläge machen, wie eine solche zentrale Stelle organisiert und finanziert werden kann.

5. 13-V-61-0016

DL 50/13-5

Bebauungsplan "Groroother Bachtal" im Ortsbezirk Schierstein
- Beschluss über die Aufstellung und Beschluss über die öffentliche Auslegung -

6. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 13-V-81-0008

DL 49/13-5

Wirtschaftsplan 2014 / 2015 und Mittelfristplanungen des Eigenbetriebes
Wasserversorgungsbetrieb (WLW)

2. 13-V-36-0020

DL 47/13-2 NÖ

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der
Landeshauptstadt Wiesbaden am 29.08.2013

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungs-
punkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender